

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126.

Montag, den 1. Juni 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zentrum und Landarbeiter.

Gleich dem Freisinn führt auch das Zentrum stets die Phrase im Munde, daß es nicht für die Sonderinteressen des einen oder anderen Standes, sondern für die allgemeine Wohlfahrt eintrete. Diese Phrase wiederholt sich auch in der Broschüre zum preußischen Landtagswahlkampf, die das Zentrum soeben herausgegeben hat. Was sie wert ist, mag folgende kurze Betrachtung zeigen.

Zur „allgemeinen Wohlfahrt“ gehört natürlich auch das Wohl der Landwirtschaft. Und so versichert die Broschüre auf Seite 38:

„Daß sich die Zentrumspartei auch der Interessen der Landwirtschaft in besonderem Maße annimmt, ist selbstverständlich.“

Böse Leute möchten nun fragen: wer ist „die Landwirtschaft“? Sind das die Besitzer oder die Arbeiter auf dem Lande? Will das Zentrum die Interessen der Besitzer oder der Arbeiter schützen? — Alle beide, wird natürlich die Antwort lauten. — Aber sehen wir näher zu. Auf derselben Seite sagt die Broschüre:

„Alle anderen Fragen traten seit einer Reihe von Jahren vor der Frage der Rentabilität der Landwirtschaft in den Hintergrund. Die Rentabilitätsfrage aber umfaßt auf der einen Seite die Erhöhung der Einnahmen und auf der anderen Seite die Herabminderung der Ausgaben.“

Bis hier ist ganz offenbar von den Besitzern die Rede. Deren Einnahmen sollen erhöht, deren Ausgaben verringert werden. Nun gehören aber bekanntlich die Einnahmen der Landarbeiter zu den Ausgaben der Besitzer. Der Lohn des Tagelöhners muß vom Besitzer bezahlt werden. Also: die Einnahmen der Arbeiter erhöhen würde heißen, die Ausgaben der Besitzer vermehren; die aber sollen ja verringert werden. Liegt darin, daß die Einnahmen der Arbeiter geschmälert werden sollen, die Mehreinnahme der Besitzer?

Warten wir's ab. Zunächst versichert die Broschüre weiter, daß das Zentrum für die Einnahmen der Besitzer stets besorgt gewesen sei.

„Stehen hier (im Landtag) zur Zeit im Vordergrund des Interesses der Landwirtschaft das Problem der Entschuldung und der Beseitigung der Leutenot, so haben sowohl die Zentrumsfraktion in ihrer Gesamtheit bei allen Anlässen, wo sie durch ihre Stellungnahme zur Lösung der beregten Fragen beizutragen in der Lage war, wie auch die einzelnen Mitglieder der Fraktion durch Darlegungen in ihren Reden dahin gestrebt, Anregungen zu geben zu Maßnahmen der Abhilfe nach beiden Richtungen.“

Entschuldung wie Leutenot sind wiederum zwei Probleme, die nicht die Arbeiter angehen, sondern die Besitzer. Betrachten wir jedes von ihnen gesondert.

Was ist „Entschuldung“? Wie kann man jemanden „entschulden“? Selbstverständlich nur, indem man seine Schulden bezahlt. Es gibt kein anderes Mittel der „Entschuldung“. Folglich, wenn von der „Entschuldung der Landwirtschaft“ die Rede ist, so heißt das: der Staat soll die Schulden der ländlichen Besitzer zahlen, während andere Leute ihre Schulden selbst bezahlen müssen. Ob nun die Zahlungen des Staats direkt als Schuldentilgung oder in irgend einer anderen Form gemacht werden, bleibt sich natürlich ganz gleichgültig. Und so rühmt sich denn das Zentrum (auf S. 39 der Broschüre), mitgeholfen zu haben,

„sowohl in der Budgetkommission wie im Plenum, die zur Hebung der Landwirtschaft bestimmten Zuschüsse aus Staatsmitteln zu verstärken, insbesondere solche zur Hebung der Rindviehzucht, Pferdeezucht, des Obst- und Weinbaues.“

Also mit anderen Worten: aus der Staatskasse, wozu alle Bürger, insbesondere auch die Arbeiter, beisteuern müssen, sind allerlei Zuschüsse an die ländlichen Besitzer gezahlt worden, und das Zentrum preist es als ein Verdienst, dafür gesorgt zu haben, daß sie möglichst reichlich ausfielen. Zweifellos hat es damit die Sonderinteressen der Besitzer kräftig unterstützt.

Nun aber kommt die Leutenot. Was ist das, worin besteht sie? Die Besitzer haben nicht ländliche Arbeiter genug, das ist Leutenot. Weshalb können sie nicht genug Arbeiter kriegen? Entweder weil sie die Arbeiter schlecht behandeln, oder weil sie ihnen weniger Lohn zahlen als die Leute anderwärts verdienen können. In der Stadt, bei Kanalbauten, bei Eisenbahnbauten zc. hat es bisher immer noch Gelegenheiten gegeben, wo sich die Arbeiter lieber hinwandten, weil sie dort mehr Lohn bekommen als in der Landwirtschaft. Infolgedessen sind für die Besitzer nicht genug Leute übrig geblieben.

Diese Leutenot zu beseitigen, gibt es offenbar ein sehr einfaches Mittel: mehr Lohn zahlen und anständige Behandlung. Sobald die Arbeiter daheim auf dem Gute ebenso viel oder mehr kriegen wie in der Stadt, werden sie bleiben; oder falls sie doch gehen, werden andere an ihre Stelle kommen.

Aber höhere Löhne zahlen, das wollen die Besitzer nicht. Und das Zentrum will es auch nicht, denn es will ja im Gegenteil die Ausgaben der Besitzer vermindern. Und deshalb wollen die Besitzer lieber die Arbeiter mit Gewalt hindern, dorthin zu gehen, wo sie mehr kriegen.

Nach hierbei mitgeholfen zu haben, rühmt sich das Zentrum! Es schreibt (auf Seite 39 der Broschüre):

„Die ländliche Leutenot betraf ein Antrag, der bezweckte, die Staatsregierung zu veranlassen, daß bei staatlichen Bauten, besonders bei außerordentlichen Eisenbahn- und Wasserbauten, einheimische Arbeiter nicht verwendet werden sollten. Der Antrag wurde vom Zentrum lebhaft unterstützt.“

Also da lies heraus! Das Zentrum ist lebhaft dafür eingetreten, daß die einheimischen Arbeiter mit Gewalt gehindert würden, solche Arbeitsgelegenheit aufzusuchen, wo sie ihre Einnahmen erhöhen können. Es will sie zwingen, für niedrigen Lohn auf den Gütern zu bleiben, um die Ausgaben der Besitzer zu vermindern. Das „Problem der Rentabilität“ gilt bloß für die Besitzer in der Landwirtschaft, nur deren Einnahmen sollen erhöht, nur deren Schulden durch Staatszuschüsse bezahlt werden. Dagegen die Einnahmen der Arbeiter sollen zwangsweise von Staats wegen niedrig gehalten werden.

Das ist die wahre Meinung des Zentrums, das hierin allen anderen bürgerlichen Parteien gleicht.

Unberufene Schulmeisterei.

Im ersten Jahre der Blockherrlichkeit haben die Blockparteien keine Zeit gehabt, sich mit der Erfüllung ihrer sozialpolitischen Versprechen zu befassen. Dafür verpflichteten sie sich, im nächsten Jahre auf diesem Gebiete um so mehr zu leisten. Aber auch dieses Jahr geht zu Ende, ohne daß auch nur eine einzige der angekündigten sozialpolitischen Blocktaten zustande gekommen ist.

Der einzige Entwurf, der wenigstens im Reichstage und überdies nur auf Drängen der Sozialdemokraten fertiggestellt wurde, betrifft die Änderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs, also die Sicherung des alten Rechts der Handlungsgehilfen auf das volle Gehalt während der ersten sechs Wochen einer Krankheit. Der Entwurf aber ist, nachdem er im Reichstage unter Zustimmung der Blockparteien den Wünschen der Handlungsgehilfen gemäß seinen endgültigen Wortlaut erhalten hatte, bekanntlich von den Blockregierungen abgelehnt worden — die erste sozialpolitische Blocktat war also für den Papierkorb.

Eine andere wichtige sozialpolitische Vorlage, nämlich über die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung, unterliegt noch der Beratung in der Reichstagskommission. Aber schon bisher hat sich eine sehr weitgehende Differenz zwischen dem, was die Arbeiter und Privatangestellten von der Reform erwarten, und den Zugeständnissen der Blockparteien ergeben. Deshalb ist es begreiflich, daß sich jetzt, in der Zwischenzeit bis zur Wiederannahme der parlamentarischen Verhandlungen, bürgerliche Sozialpolitiker damit abquälen, den Arbeitern und Privatangestellten mehr Bescheidenheit bei ihren sozialpolitischen Forderungen zu predigen.

Das hat dann auch der bekannte Braunschweiger Stadtrat von Frankenberg in der „Deutschen Juristenzeitung“ mit einem Aufsatz über Sozialpolitik und Gesetzgebung getan, und bürgerliche Blätter drucken die guten Lehren dieses Herrn als den Ausfluß höchster sozialpolitischer Weisheit nach.

Herr v. Frankenberg ist begeistert für „ein ruhiges, besonnenes Fortschreiten in der helfenden, ausgleichenden Versorgung der arbeitenden Klassen.“ Aus diesem Grunde hält er sich für berufen, „dem unablässigen, bald auf diesem, bald auf jenem Felde bekundeten Eifer eines Teils der gesetzgebenden Kräfte im Deutschen Reich ein paar warnende, zu größerer Zurückhaltung mahnende Bemerkungen entgegenzusetzen, bei denen der aufrichtige Wunsch maßgebend ist, daß kein Rückschritt erfolgt, aber auch Übertreibungen und Fehler nach Möglichkeit vermieden werden.“ Er streift dann kurz die Fragen der Arbeiterversicherung und geht dann ausführlich auf die Änderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs ein, weil sich hier der sozialpolitische „Ubereifer“ am augenfälligsten zeigt. Dabei vermag er aber die „Gründe“ zu wiederholen, die von

den Gegnern der Handlungsgehilfen seit jeher geltend gemacht, von den Handlungsgehilfen dagegen stets widerlegt worden sind.

Zum Schluß schwingt er sich jedoch zu den Höheren der Philosophie empor und will die Frage nach den Ursachen des „sozialpolitischen Ubergreifens“ beantworten. Die Ursachen findet er hauptsächlich „in dem Ungefühl, dem drängenden Eifer einzelner, die sich zu Wortführern von Verbänden und Vertretungen außerhalb des Reichstags machen“. Also das alte Lied von den bösen „Führern“, die schuld an der Unzufriedenheit der armen „Verführten“, an den „übertriebenen“ Forderungen der „Aufgehakten“ seien — das ist für unsern Philosophen der Weisheit letzter Schluß. Dazu paßt sehr gut, daß er gegen die Arbeiter und Privatangestellten, ausgerechnet „die kleinen Handwerker, Kaufleute, Landwirte, kurz den gesamten Mittelstand“, ins Feld führt, an dessen Erhaltung jedem billige Denker viel gelegen sein müsse. Dann fährt er wörtlich fort:

Übertreibt man die Fürsorge für einzelne Arbeitnehmersgruppen, und glebt man aus der Schale sozialen Dilettantismus nach einer bestimmten Richtung hin Wohlthaten aus, dann setzt man sich dem berechtigten Vorwurf aus, daß man nicht ein Friedenswerk, nicht eine der Gesamtheit mittelbar zugute kommende Maßregel ausgeführt habe, sondern ein einseitiges und deshalb verfehltes, verschwenderisches Verfahren sich hat zuschulden kommen lassen.

So mutet Herr v. Frankenberg den Arbeitern und Privatangestellten zu, auf die Erfüllung selbst der dringendsten sozialpolitischen Forderungen zu verzichten um des Friedens, um des Interesses der Gesamtheit willen. Die ganze soziale Frage aber ist das Widerspiel des Kampfs zwischen Kapitalisten und Arbeitern einschließlich der Privatangestellten, zwischen den Ausbeutern und den Ausbeuteten. Die unerträglichen Zustände, die die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft für die Arbeiter und Privatangestellten schafft, treibt diese dazu, ihre sozialpolitischen Forderungen aufzustellen und sie sich durch den Druck ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu erzwingen. Auf dieser Bahn gibts kein Halt mehr, bis die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft ganz überwunden und durch die sozialistische, von der Gesamtheit und im Interesse der Gesamtheit betriebene Produktion abgelöst wird. Jedes neue sozialpolitische Flickwerk beweist nur, wie viele weitere Verbesserungen noch nötig sind.

Deshalb müssen die Redereien über die „verschwendend“ gewährten sozialpolitischen „Wohlthaten“ den Arbeitern und Privatangestellten geradezu als Hohn erscheinen. Mit dem „Schutze des Mittelstands“ endlich treiben die Wortführer in dem Kampf gegen die Arbeiter nur eine schamlose Komödie. Die zielbewußten Gegner der Arbeiter sind die Großfabrikanten und Großkaufleute, die durch ihre übermächtige Konkurrenz — ganz abgesehen von allen Forderungen der Arbeiter — den Mittelstand sicher zugrunde richten. Diese Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse preisen die Herren als einen Fortschritt, wenn es ihrem Interesse entspricht — sie vergießen aber Krokodilstränen über den Niedergang des Mittelstandes, wenn sie Stimmung gegen die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter und Privatangestellten machen wollen.

Herr v. Frankenberg hat diese Komödie noch immer nicht erkannt. Er ist noch völlig im Unklaren über die herrschenden sozialen Mißstände wie über das Wesen und das Ziel der sozialen Kämpfe unserer Zeit. Daher ist er aber auch ganz und gar nicht dazu berufen, vor den Arbeitern als sozialpolitischer Schulmeister aufzutreten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sozialdemokratie und Blockliberalismus.

Die „Frankf. Ztg.“ kann sich noch immer nicht beruhigen, daß die Sozialdemokratie so ganz und gar kein Verständnis dafür zeigt, daß es eigentlich ihre verdamnte Pflicht und Schuligkeit wäre, bei den preußischen Landtagswahlen die Freisinnigen zu unterstützen. Immer wieder kommt sie darauf zurück. Jetzt meint sie, es bestehe doch ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen links und rechts in Wahlrechts- und Kulturfragen, und dieser Gegensatz müßte ohne weiteres für die Wahlituation entscheidend sein, „alle freiheitlich Gesinnten“ müßten zusammenstehen gegen die gemeinamen Gegner, von der Sozialdemokratie bis in die nationalliberalen Reihen hinein, da für alle die reaktionäre Übermacht, wie sie von den Konservativen und vom Zentrum im Abgeordnetenhaus repräsentiert wird, als die größte Gefahr gelten muß, und Linksliberale und Sozialdemokratie wiederum müßten erst recht zusammen-

